

Benin: Innenpolitik

21.03.2019 - Artikel 

Staatsaufbau

Das Parlamentarische Präsidialsystem Benins verbindet Elemente des amerikanischen und des französischen Systems. Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte und Demokratie sind Kernelemente, auf denen die Verfassung beruht. Offizielle Hauptstadt Benins ist Porto-Novo, fast alle Ministerien und das Präsidialamt befinden sich jedoch in der wirtschaftlich wichtigsten Stadt des Landes, Cotonou.

Die Exekutive hat aufgrund der starken Stellung des Präsidenten besonderes Gewicht. Der Präsident, seit dem 6. April 2016 Patrice Guillaume Athanase Talon, ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er hat das Initiativrecht für Gesetze und Referenden und kann Notstandsdekrete mit Gesetzeskraft erlassen. Sein Veto kann das Inkrafttreten bereits vom Parlament verabschiedeter Gesetze verzögern. Der Präsident wird für eine Amtszeit von fünf Jahren direkt gewählt, zuletzt im März 2016.

Die beninische Verfassung sieht das Amt eines Premierministers nicht vor. Eine starke Stellung im Kabinett hat jedoch Staatsminister Pascal Irénée Koupaki, der als Generalsekretär des Präsidialamts fungiert. Gesetzgebungsorgan ist die Nationalversammlung (Assemblée Nationale), ein mit 83 Abgeordneten besetztes Einkammer-Parlament, dessen Abgeordnete für vier Jahre gewählt werden. Die nächsten Wahlen sollen am 28.04.2019 stattfinden.

Wichtige Organe der Judikative sind das Verfassungsgericht, der Oberste Gerichtshof, und der Hohe Gerichtshof. Das Verfassungsgericht wacht über die Einhaltung der Verfassung und die Verfassungsmäßigkeit aller Gesetze, Verordnungen und Erlasse und ist für Menschenrechtsfragen zuständig. Der Oberste Gerichtshof ist die höchste richterliche Instanz in allen Fragen des öffentlichen und privaten Rechts, während der Hohe Gerichtshof für Verfahren gegen den Präsidenten oder Minister im Rahmen ihrer Amtsführung zuständig ist.

Weitere Verfassungsorgane sind die Medienaufsichtsbehörde und der Wirtschafts- und Sozialrat. Die Medienaufsichtsbehörde wacht über die Einhaltung der Pressegesetze, während der Wirtschafts- und Sozialrat als offizieller Vertreter der Zivilgesellschaft

beratende Funktion gegenüber Regierung und Parlament bei allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen hat.

Innenpolitische Entwicklung

Benin ist Anfang der neunziger Jahre ein friedlicher Übergang von diktatorischen zu demokratischen Verhältnissen gelungen, der auch beispielhaft für andere afrikanische Staaten war. Seitdem befindet sich das Land in einem langsamen Demokratisierungsprozess. Die Demokratie bedarf weiterhin der Konsolidierung, staatliche Institutionen müssen gestärkt werden. Die Rahmenbedingungen hierfür sind nicht einfach: In Benin gibt es noch einen hohen Anteil an Analphabeten (über 50 Prozent) und einen mit rund 70 Prozent großen informellen Sektor. 40 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Seit 1991 haben sechs Präsidentschaftswahlen stattgefunden, deren Verlauf friedlich, wenn auch nicht immer unumstritten war. Dabei standen sich in den ersten drei Wahlen jeweils Mathieu Kérékou, der das Land von 1972 bis 1989 diktatorisch regiert hatte, und Nicéphore Soglo, ehemaliger Exekutivdirektor der Weltbank, gegenüber. Die erste Wahl nach Ende der Diktatur gewann 1991 Soglo. Kérékou konnte die Wahlen 1996 und 2001 für sich entscheiden. In der Präsidentschaftswahl vom März 2006 wurde der ehemalige Präsident der westafrikanischen Entwicklungsbank BOAD, Thomas Boni Yayi, zum Präsidenten gewählt. Er wurde am 13. März 2011 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen setzte sich der Geschäftsmann Patrice Talon in einer Stichwahl am 20. März 2016 gegen den Kandidaten des Präsidenten Boni Yayi, den Banker Lionel Zinsou durch.

Regierung und Parlament

Aus den letzten Parlamentswahlen am 26. April 2015 (Listenwahl) ging die den damaligen Präsidenten unterstützende Parteienallianz FCBE (Force Cauris pour un Bénin Émergent) mit 33 Sitzen (von 83) als stärkste Partei hervor. Präsident Boni Yayi wurde von weiteren Gruppierungen mitgetragen, aber im streng arithmetischen Ergebnis musste sich der Präsident mit einem knapp von der Opposition dominierten Parlament arrangieren. Nach der Wahl von Präsident Talon im März 2016 bildete sich im Parlament ein 59 Abgeordnete umfassender sog. „Mehrheitsblock“, der die Regierung unterstützt. Bei den Kommunalwahlen in Benin, die im Juni 2015 stattgefunden haben, haben sich die Parteien in ihren jeweiligen regionalen Hochburgen behaupten können.

Innenpolitische Herausforderungen

Benin, das zu den am wenigsten entwickelten Staaten der Welt gehört, steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Hierzu zählen die Bekämpfung der Armut, die weitere Dezentralisierung des Staatsaufbaus, Verwaltungsreformen, die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität, die Förderung der Frauen in der beninischen Gesellschaft und die Reduzierung des hohen Bevölkerungswachstums. Hinzu kommt die Sanierung der Wirtschaft – hier insbesondere die Verwaltung des Seehafens Cotonou - die Stärkung der Administration und eine Verbesserung der Investitionsbedingungen, um vermehrt ausländische Investoren anzulocken.

Die Regierung Talon geht die anstehenden Probleme im Rahmen ihres im Dezember 2016 vorgestellten Aktionsprogramms an. Es besteht im Wesentlichen aus einer Stärkung der gesetzlichen, regulatorischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen, die die Wirtschaft des Landes mittelfristig entscheidend dynamisieren und ihr zum Aufschwung verhelfen sollen. Privatinvestitionen, die zu 61% des ca. 14 Mrd. € umfassenden Programms beitragen sollen, sind jedoch bislang weitgehend ausgeblieben.

Menschenrechte

Die Menschenrechtssituation ist insgesamt zufriedenstellend. Die Regierung Benins wurde Ende 2017 im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Rahmen des allgemeinen Staatenüberprüfungsverfahrens für ihr kooperatives Verhalten allgemein gelobt. Gleichwohl gibt es weiterhin schwerwiegende Problemfelder und auch Anzeichen negativer Entwicklungen.

Die schon lange nicht mehr vollzogene Todesstrafe wurde im Herbst 2012 offiziell abgeschafft. Es gibt keine staatliche Repression und die Organisation „Freedom House“ bescheinigt dem Land als einem von wenigen in Afrika volle politische Freiheit.

Die Meinungsfreiheit wird in der beninischen Verfassung grundsätzlich gewährleistet, allerdings berichten die staatlichen Fernseh- und Rundfunkmedien überwiegend aus Regierungssicht. Die im Juli 2018 von der formal unabhängigen Medienaufsichtsbehörde verfügte Schließung der Zeitung „La Nouvelle Tribune“ wegen beleidigender Kritik am Präsidenten zog einige Kritik auf sich. Einrichtungen der Zivilgesellschaft kommen gerade in den privaten Medien regelmäßig und angemessen zu Wort.

Eines der größten Probleme der letzten Jahre stellt der sich ausweitende Kinderhandel dar. Viele Kinder werden als Arbeitssklaven, insbesondere nach Nigeria „verkauft“. Die Durchsetzung des Gesetzes gegen Kinderhandel wird durch ein mangelhaft archiviertes und korruptes Urkundswesen erschwert.

Sorgen bereitet nach wie vor der schlechte Zustand des Gefängniswesens, eine sehr langsame Strafjustiz sowie der korruptionsanfällige und zuweilen unzureichend ausgebildete Justizsektor, sowie die in einigen wenigen Teilen Benins noch immer vorkommende Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung.

Hinweis:

Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Er wird regelmäßig aktualisiert. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden.